

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



März 2022

Große Hilfsbereitschaft für ukrainische Flüchtlinge Weiterhin starke Unterstützung notwendig

In Rottenburg sind bereits 120 Personen aus der Ukraine über private Familienkontakte angekommen, weitere 100 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, kamen im Rahmen des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ mit Bussen aus Heidelberg und Karlsruhe hierher.

Sie werden in der Pilgerherberge Frommenhausen, im Sanatorium in Bad Niedernau und im Hotel Convita untergebracht, angemietet vom Landratsamt. Trotz großer Wohnungsnot standen bis auf den ersten Stock vier Jahre lang 44 Zimmer mit 88 Betten leer und mussten erst einmal entstaubt werden. Die Stadt hat im Rathaus ein Bürgerbüro „Ukraine“ eingerichtet und die Essensversorgung in den Unterkünften organisiert. Das verdient ein großes Lob.

Die Hilfsbereitschaft der RottenbürgerInnen ist riesig – wie schon 2015 bei der großen Flüchtlingswelle. Großartig ist die Bereitschaft der 30 Rottenburger mit ukrainischen Wurzeln, die hier seit Jahren wohnen. Viele engagieren sich als „Ankommensbegleiter“ bei der Bewältigung der deutschen

Bürokratie, bei Arztbesuchen, Konto-Anmeldung und den Einkäufen. Jetzt zeigen sich die Vorteile einer offenen



Stadtgesellschaft mit über 100 Nationalitäten! Dazu gehört, dass Mitbürger nicht wegen ihrer russischen Herkunft angegriffen werden sollten, wie Daniel Setzler vom Integrationsbeirat zu recht betont, schließlich sind sie nicht für die Kriegsverbrechen der Regierung in

Moskau verantwortlich. Nach 2015 wurde ein Dolmetscher-Pool gebildet und die DolmetscherInnen für ihren Einsatz entschädigt. Das sollte auch jetzt gelten.

Soziale und sprachliche Integration

Doch es braucht nicht nur Ehrenamtliche. Zwar ist bei vielen geflüchteten Familien noch nicht klar, wie lange sie in unserer Stadt bleiben werden. Aber vor allem für die Kinder ist es wichtig, dass sie möglichst schnell die Kriegserlebnisse hinter sich lassen können, dass sie durch Sport, Spiele und Kontakt mit Gleichaltrigen Ablenkung erfahren und sich gut aufgehoben fühlen. Durch solche Kontakte in fremder Umgebung wächst Vertrautheit, mindern sich Ängste und entsteht Hoffnung. Dafür sind Spielgruppen und eine Kinderbetreuung („ukrainische Schule“ in der Tübinger Straße 68) für den Anfang eine sehr gute Idee. Frauen mit ukrainischen oder russischen Sprachkenntnissen können dabei eine große Hilfe sein.

Auf mittlere Sicht können Ehrenamtliche dies nicht allein bewältigen. Die

>>>

Und weiter:

Zeitenwende - Ein Diskussionsbeitrag Seite 4

B28 neu: Zwei-, drei-, oder vierspurig? Eine Farce? Seite 7

Retten uns Ökopunkte vor der Naturzerstörung? Seite 8

Widerstand gegen Steinbrucherweiterung wächst Seite 9

Mensch ist Mensch - Solidarität kennt keine Herkunft! Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Flüchtlingskinder sollten in Kitas und die älteren in Schulen untergebracht werden, wie dies Benjamin Lachat (Städtetag Baden-Württemberg) und Kultusministerin Schopper (Grüne) forderten. Das kann aber auch nicht den ohnehin überlasteten Erzieherinnen und Lehrkräften aufgebürdet werden. Es müssen endlich mehr von Bund und Land bezahlte Stellen geschaffen und Gelder bereit gestellt werden, um diese Zusatzaufgaben zu meistern.

Gerüchten zufolge plant der katholische Zweckverband, Gelder für die Sprachausbildung in Rottenburgs Kitas zu streichen. Das wäre gerade jetzt ein

Skandal! Im Gegenteil sind mehr Verfügungsstunden für Erzieherinnen nötig, mehr Ausbildungsplätze und leis-

handen ist, muss es auch für Personal vorhanden sein!

Die Ukrainer erhalten sofort eine Arbeitserlaubnis. Das hilft nicht nur bei einer schnellen Integration, sondern auch dem Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft. Doch warum gilt das nicht auch für andere Geflüchtete wie zum Beispiel für geflüchtete Ärzte aus Syrien, die gerade dringend gebraucht werden, so der Arzt Gerhard Trabert vom Verein Armut und Gesundheit im NTV-Interview (17.3.2022). Es ist wichtig, jetzt nicht Flüchtlinge untereinander auszuspielen und damit Neid zu schüren, sondern für alle muss gleiches Recht gelten.

**Flüchtlinge
sind hier
willkommen!**



tungsgerechte Bezahlung erforderlich. Und es braucht KoordinatorInnen für die Sprachförderung in den Kitas, damit Erfahrungen ausgetauscht, die (neuen) Aufgaben koordiniert und gemeinsam geplant werden können. Wo Geld für Betten und für Zimmer vor-



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

„DIE LINKE“
Rottenburg

„Zacher's Kinderträume“ in Weiler

Wie viel ist der Stadt eine private Kindertagespflege wert?

Seit Oktober 2021 betreibt das Ehepaar Zacher in Weiler „Zacher's Kinderträume“ – sie ist gelernte Erzieherin, er ist Gesundheits- und Krankenpfleger, beide mit Zusatzqualifikationen und langen Erfahrungen in der Kinderpflege in Ebersbach an der Fils. In einer dafür hergerichteten Einliegerwohnung gibt es neun Ganztagesplätze für Kinder zwischen 0 und drei Jahren, von 6.30 bis 16 Uhr geöffnet.

In einem Schreiben mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an alle Fraktionen im Gemeinderat beklagen das Ehepaar die sehr unterschiedlichen Förderungen solcher Einrichtungen je nach Landkreis: Während dies für ihr Betreuungsangebot im Landkreis Göppingen sehr großzügig geregelt war und selbst im Landkreis Reutlingen besser ist, sind die Rahmenbedingungen im Landkreis Tübingen eng gestrickt.

In ihrem Schreiben an die Fraktionen heißt es: „In Ebersbach an der Fils haben wir durch den Kooperationsvertrag des Tageselternvereins Göppingen mit allen Kommunen des Landkreises große finanzielle Unterstützung durch die

Stadtverwaltung erhalten können.“ Dies ist bisher in Rottenburg nicht der Fall und deshalb bat das Ehepaar um Unterstützung durch die Fraktionen.

Gegenwärtig sind aufgrund der hohen Geburtenzahlen in Rottenburg die Plätze in den städtischen Einrichtungen so knapp, dass neue Gruppen gebildet werden müssen. Das ist für das neue Wohngebiet im DHL-Gelände ebenso der Fall wie für Ergenzingen und andere Teilorte. Hinzu kommt eine noch unbekannte Zahl vieler Kinder aus der Ukraine, so dass wir auf jeden Platz für U3-Kinder und jede Erziehungskraft angewiesen sind.

Blockade einer Großen GR-Koalition

Umso entsetzter ist man, wenn man das gemeinsame Antwortschreiben von fünf Fraktionen im Gemeinderat liest, unterzeichnet von Horst Schuh (CDU), Ursula Clauß (Grüne), Jörn Heumesser (Freie Wähler), Hermann Steur (SPD) und Christian Biesinger (Junge Aktive). Statt eine Initiative und Vorschläge zu starten, welche Möglichkeiten es auf kommunaler Ebene gibt – wie das in Ebersbach/ Fils gut funktioniert hat

– verweist diese Große Koalition an den Tageselternverein und den Landesverband Kindertagespflege e.V., um sich dort eine „einheitliche Verbesserung der Rahmenbedingungen“ zu bemühen. Das hat das Ehepaar, wie in ihrem Schreiben an die Fraktionen ausgeführt, längst getan!

Schließlich profitiert Rottenburg davon, dass die Stadt keine eigenen Räumlichkeiten bauen muss, das käme sie wesentlich teurer als ein städtischer Zuschuss für Miete und eine Aushilfskraft. Was soll diese unsägliche Blockade-Haltung gegenüber engagierten Erziehungskräften?

DIE LINKE wird sich für eine umfassende Verbesserung in der Unterbringung von Kindern einsetzen, für eine leistungsgerechte Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte, für mehr Ausbildungsstellen (PIA) und die Unterstützung privater Einrichtungen, die in der aktuellen Notlage gefördert werden müssen, statt sie vor den Kopf zu stoßen!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

„Diese Bahn ist, und das ist keine Polemik, in einem fast irreparablen Zustand“

Diese Einschätzung betrifft nicht nur Stuttgart 21, sondern beschreibt den Zustand der gesamten Deutschen Bahn AG. Sie stammt von Arno Luik, bekannt durch seinen Bestseller „Schaden in der Oberleitung – das geplante Desaster der Deutschen Bahn“. Er rechnet mit der DB und ihren Verantwortlichen einschließlich der neuen Bundesregierung ab. Nachfolgend einige Auszüge aus einem Interview, das er den „Nachdenkseiten“ gegeben hat.

Herr Luik, wie „grün“, wie umweltfreundlich ist die Bahn eigentlich?

Die Bahn brüstet sich seit vielen Jahren damit, sie sei ein klasse grünes Unternehmen, „unsere Loks gewöhnen sich das Rauchen ab“. Dieser Werbeslogan von 1968 begründet das schöne Image der umweltfreundlichen Bahn, das sie bis heute aufwendig pflegt: „Bahnfahren ist Umweltschutz“. Mit dem Bahnfahren rettet man das Klima. Die Bahn schafft die ökologische Energie- und Verkehrswende.

Warum wird die Bahn als so umweltfreundlich angepriesen, wenn sie das gar nicht ist?

Die Politiker und ihre Bahnchefs können so daherreden, weil im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung dieser Gedanke tief verankert ist: Die Bahn ist gut, sie ist ökologisch, sie ist das klimafreundliche Verkehrsmittel. Aber das stimmt so nicht. Diese Deutsche Bahn AG ist aus dem Ruder gelaufen. Sie ist ein Staat im Staat. Der macht, was er will. Was kaum öffentlich beachtet wird: Diese Deutsche Bahn AG ist keine deutsche Bahn mehr. 2005 erklärte Bahnchef Mehdorn: „Wir werden 60 Prozent unserer Umsätze mit Non-Rail-Aktivitäten erwirtschaften. Über 50 Prozent unserer Umsätze werden wir von jenseits der Grenzen Deutschlands bekommen.“

Eine neue Bundesregierung dürfte sich auch mit der Bahn auseinsetzen. Was erwarten Sie? In welche Richtung werden die Koalitionsparteien die Weichen stellen?

Ich erwarte wenig, ich befürchte viel. Die Grünen und die FDP wollen „mehr Wettbewerb“ auf den Schienen, sie planen den Fern-, Regional- und Güterverkehr zu privatisieren, sie wollen für diesen katastrophalen Unfug das Schie-

nennetz, die Infrastruktur aus dem Konzern ausgliedern. Das bedeutet in aller Kürze: Noch mehr Bürokratie. Und auf geradezu unredliche Weise wird bei alledem verschwiegen, was der Privatisierungswahn in Großbritannien eingebracht hat: entgleisende Züge, horrende Fahrpreise, sinkende Fahrgastzahlen, Stilllegung von Strecken, weniger Züge.

In welchem Stadium sehen Sie die Bahn jetzt? Wie ist ihr Zustand?

In einem, wie gesagt, fast irreparablen



Zustand. Es ist tragisch, dass Mehdorn und sein Nachfolger Rüdiger Grube viele Jahre lang die Geschicke der Bahn bestimmen durften. Aber sie hat sich von ihrem unheilvollen Tun noch nicht erholt, und ob sie es jemals wieder schafft, ist fraglich. Ja, sagen nun die Politiker, wir haben dazugelernt, wir geben der Bahn 150 Milliarden Euro Steuergeld, es soll alles besser, zuverlässiger und pünktlicher werden. Diese Unsummen belegen nur, wie in den vergangenen 25 Jahren seit der Bahnreform 1994, seitens des Bundeskanzleramts, der Verkehrsminister und der Bahnchefs gestümpert wurde, wie sie die Bahn systematisch haben verkommen lassen, so dass auf unabsehbare Zeit ein ordentlicher Zugverkehr unmöglich ist. Ein Viertel der Netzlänge ist einfach verschwunden. Diesen Raubbau spüren die Wartenden an den Bahnsteigen, die Gestrandeten im Nirgendwo, die Verspäteten im ICE, vor dem ein Güterzug schleicht. Und so frage ich mich stauend, woher Politiker und Bahnchefs bloß die Kraft hernehmen, im Brustton der Überzeugung zu verkünden: Wir sind nun auf dem richtigen Weg!

Wo sehen Sie die größten Schwachstellen?

Schon jetzt ist absehbar, dass Politik und Bahn so unverantwortlich weiterstümpfern wie bisher: Das viele Geld, das der Bahn nun versprochen ist, wird zum größten Teil wieder in so gigantische wie unökonomische, aber vor

allem unökologische Großprojekte verschleudert und versenkt werden: Etwa in Stuttgart 21, in Münchens zweite Stammstrecke, in diverse neue Höchstgeschwindigkeitsstrecken, bis hin in den Fehmarnbelt-Tunnel – alles unfassbar teure Megaprojekte, so zwischen 40 und 70 Milliarden Euro werden sie kosten. Alles Projekte, die dem Bahnverkehr sehr wenig bringen.

Machen Sie doch bitte mal Vorschläge: Was müsste getan werden?

Man könnte auf diese milliardenschweren Prestigebauten verzichten und stattdessen Regionalstrecken ausbauen, Industrieanschlüsse für den Güterverkehr installieren und reaktivieren, Bahnhöfe besonders auf dem Land attraktiv gestalten, endlich konsequent Strecken elektrifizieren, und vor allem die erfolgreichste Zugart der Bahn, die aus unerfindlichen Gründen abgeschafft worden ist, wieder einführen: den Interregio.

In der Schweiz scheint es besser zu laufen. Was machen die Schweizer anders?

Die Schweizer Staatsbahnen sind das, was die Deutsche Bahn viele Jahrzehnte lang war: ein Vorbild. Die Schweizer haben ein anderes Verständnis für ihre Bahn. Für sie ist die Bahn das, was den Deutschen ihr Auto ist. Sie sind stolz auf ihre Züge. Und die Schweizer Bahnchefs wissen, im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen, was sie tun: Sie konzentrieren sich auf das Zugfahren in ihrem Land. Sie verpulvern keine Milliarden bei Auslandseinsätzen. Sie haben seit langem das, was Deutschland mal hatte, nun wieder verzweifelt haben will, aber kaum mehr schaffen wird: den kundenfreundlichen Taktverkehr.

Wir sehen, wie Arno Luik mit diesem Interview wieder einmal den Nagel auf den Kopf trifft.

Deshalb stehen wir zu seinen Aussagen und werden deshalb auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

„Zeitenwende“ – ein Diskussionsbeitrag

Der brutale Krieg Russlands gegen die Ukraine und der weltweite Protest dagegen überdeckt aktuell die Berichterstattung und die Diskussion über die Corona-Pandemie, ihre Ursachen und ihre Folgen bei uns.

Beides, Corona-Krise und Ukraine-Krieg, hängen wesentlich enger zusammen, als es zunächst scheint. Bundeskanzler Scholz hat in der Bundestags-Debatte den russischen Überfall mit dem Bruch sämtlicher Regeln des Völkerrechts, das brutale Vorgehen gegen die ukrainische Bevölkerung und die Errichtung einer umfassenden Diktatur in Russland als Zeitenwende bezeichnet.

Die Zeitenwende hat jedoch längst VOR dem Kriegsbeginn begonnen mit der Vernichtung unserer Existenzgrundlagen durch Naturzerstörung und durch den Klimawandel. Sie sind auch Ursache für weltweite Pandemien wie Corona. Der aktuelle Covid-19-Virus ist einer von vielen Corona-Viren, die in immer kürzeren Abständen auftreten.

Eine entscheidende Ursache ist die Zerstörung der Natur, denn Viren entwickeln sich zunächst in Tieren, bevor sie auf Menschen überspringen. Das ist bei Influenza, Ebola, dem SARS-Virus, MERS und der Schweinegrippe der Fall und zeigt den engen Zusammenhang mit der Zerstörung von Lebensräumen von Tieren durch Palm-Öl-Plantagen in Malaysia, Rodungen des Regenwaldes in Brasilien und Entwaldungen wie in Sibirien. Die Zerstörung der Natur und die Einengung des Lebensraums für Tiere entwickeln sich auf einen Punkt zu, an dem dies nicht mehr umkehrbar ist.

Was hat die Corona-Pandemie mit dem aktuellen Ukraine-Krieg zu tun?

Beides hat dieselben Verursacher, die Ausbeutung der Menschen und die Naturzerstörung durch Oligarchien von Belarus bis Brasilien. Laut Wikipedia meint **Oligarchie** im Griechischen die **gesetzlose Herrschaft der Reichen** (Platon), die nur am Eigennutz interessiert sind und zu diesem Zweck heutzutage weltweite Kriege zur Ausweitung ihres Machtbereichs, zur Ausplünderung der Natur und der Bevölkerungen führen.

Das **Bolsenaro-Regime in Brasilien** zerstört im Interesse der Großgrundbesitzer den Regenwald und führt einen Krieg gegen Arme und Indigene. Die europäischen und amerikanischen Abnehmer der Soja-Produkte und des Rindfleisches danken es ihm.

Putin ist ein politischer Handlanger der russischen Oligarchie, ohne ihre finanzielle Macht könnte er diesen Krieg gar nicht führen. Kurz vor seinem Angriffsbefehl hat er noch schnell seine Luxusjacht Gracefull aus dem Hamburger Hafen Richtung Kaliningrad bringen lassen. Der Milliardär Usmanov lässt in Hamburg gerade seine Jacht Dilbar für 500 Mio. Euro auf der Werft von Blohm&Voss bauen. Fünf weitere Milliardäre aus dem Putin-Clan haben ihre Jachten vor dem Zugriff in die Malediven bringen

lassen, darunter die vom Oligarchen Deripaska, dem Gründer des Aluminium-Riesen Rusal. In London, Paris, Berlin und Baden-Baden besitzen die Oligarchen hochwertige Immobilien, Deutschland ist für sie eine Oase für Geldwäsche, gerade bei Immobilien. Der russische Oligarch Mordaschow verkauft angeblich seinen 34-prozentigen Anteil am weltgrößten Reisekonzern TUI an die Onero Limited auf den Jungfern-Inseln, deren Eigentümer unbekannt sind – Zeit, diese Steueroasen endgültig zu schließen!

Woher stammen diese Riesenvermögen von Oligarchen, wenn nicht aus der Ausbeutung einer verarmten russischen Bevölkerung, deren junge Söhne jetzt als Kanonenfutter in der Ukraine verheizt werden? Ihre Mütter sollen nach dem Tod ihrer Kinder mit 60.000 Euro zum Schweigen gebracht werden. Das zeigt den sozialen Charakter dieses Krieges: Jeder Krieg einer herrschenden Klasse nach außen beruht auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Bevölke-



rung nach innen. Schon jetzt zerstört Putins Krieg nicht nur die ukrainischen Städte, sondern auch die großen Sonnenblumen- und Weizenfelder. Dies führt zu Hungersnöten in Russland, in

Afrika und der arabischen Welt. Die Ukraine ist der zweitgrößte Weizen-Exporteur der Welt.

Kriege sind die größten Umweltzerstörer und bringen damit immer neue Epidemien hervor, wie der Erste Weltkrieg mit der Spanischen Grippe zeigt - jeder Krieg trifft die Armen zuerst!

Lange haben viele Putins Militarismus unterschätzt, auch innerhalb der Linken. Milliarden wurden für Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt ausgegeben und dadurch die Verteidigungsbereitschaft im Inneren geschwächt. Statt jetzt die Rüstungsspirale mit einem Sonder-

programm von 100 Milliarden Euro anzuzuleihen, sollten wir durch eine hohe Erbschafts- und Vermögenssteuer besonders auf Corona- und Kriegsgewinne Geld für das Erreichen des 1,5 Grad-Ziels gegen die weltweite Erderwärmung, für den Erhalt von Natur und Landwirtschaft einsetzen.

Wir brauchen dieses Geld dringend für den Kampf gegen die Armut bei uns, für Pflege- und Erziehungskräfte und für den Wohnungsbau. Den Kampf gegen Putins Krieg sollten wir eng verknüpfen mit einer ökologischen und sozialen Wende in unserem Land:

Stoppt Putin! Solidarität mit der ukrainischen und russischen Bevölkerung, für Demokratie und Selbstbestimmung der Völker überall! Aufnahme aller Geflüchteten, unabhängig von ihrer Nationalität! Enteignet die Oligarchen –nicht nur die russischen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Flüchtlingspolitik neu bewerten Menschenrechte sind unteilbar

Die aktuelle Hilfsbereitschaft für die Ukraine darf nicht verdecken, dass an der Grenze von Belarus und Polen seit Monaten tausende Geflüchtete in unwürdigsten Verhältnissen in Wäldern vegetieren, schutzlos der Kälte und Verfolgungen ausgeliefert.

Auf polnischer Seite wird ein meterhoher Zaun zur Abschottung errichtet, an dem besonders ältere Menschen und Kinder scheitern, so die Hilfsorganisation „Wir packen's an“ aus Bad Freienwalde. Helferinnen und Helfer dürften jedoch noch immer nicht direkt in das Sperrgebiet auf polnischer Seite. "Das ist eine Menschenrechtswidrige Zone, in der sich weder Hilfsorganisationen, wie etwa das Rote Kreuz, oder JournalistInnen frei bewegen dürfen", sagt Sprecherin Miriam Tödter.

Die Geflüchteten werden als Spielball zwischen dem Diktator Lukachenko und der konservativen Regierung Polens missbraucht, nachdem sie unter falschen Versprechungen dorthin gelockt wurden. Flüchtlinge dürfen nicht nach Nationalitäten „sortiert“, will heißen: aussortiert werden!

Eine Mitschuld trägt die EU mit ihrer Frontex-Strategie, die mit Pushbacks im Mittelmeer und neuen Stacheldrahtzäunen an den EU-Außengrenzen ihre Verantwortung für die Aufnahme der Flüchtlinge abwälzt, wie Gesine Schwan (SPD) das kürzlich in Rottenburg sehr deutlich kritisiert hat.

Das Mittelmeer ist der größte Friedhof Europas mit Tausenden Ertrunkenen. Dazu beigetragen hat auch die Bundesregierung mit ihrer Weigerung, afghanische Ortskräfte mit deren Familien in Deutschland aufzunehmen, wie Andreas Linder von Move on – Menschenrechte Tübingen beklagt. Offensichtlich möchte die Regierung verhindern, dass über ihre milliardenteure Kriegsbeteiligung und ihr Debakel in Afghanistan gesprochen wird. Doch Menschenrechte hören nicht auf, wenn die Berliner Regierung willkürlich am 27. August 2021 ihre Menschenrechtsliste schließt und hunderten Afghanen keine Aufnahmezusage erteilt. Solidarität gegenüber Geflüchteten darf nicht nach Nationalitäten stattfinden – Der Grundsatz „Nobody is illegal“ muss endlich in die Bundesregierung

Einzug halten und zur Korrektur der bisherigen Abschottungspolitik führen:

Sichere Häfen für die Geflüchteten, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Glauben.

Konkret für Rottenburg als „Sicherer Hafen“ heißt das: Die Unterkünfte für die Geflüchteten aus der Ukraine sollten für die anderen Geflüchteten aufrecht erhalten werden, wenn die Ukrainer in andere Städte ziehen oder privat Unterkunft finden. Alle Geflüchteten müssen gleich behandelt werden und gleiche Rechte haben, ob bei Unterkünften oder bei Arbeitsplätzen.

Neben der notwendigen Unterstützung für die ukrainischen Geflüchteten ruft Move on für die in großer existentieller Not lebenden Afghanen, die meist im Untergrund leben müssen, zu Spenden auf:
menschen.rechte Tübingen e.V. -
IBAN: DE 25 6406 1854 0308
1020 02 Verwendungszweck: Afghanistan-Hilfe

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Protest gegen Querdenker und Verschwörungsfanatiker

Die wahren Ursachen bekämpfen

Zur Uhrzeit des „Montags-Spaziergangs“ von Querdenkern und Leuten, die die Corona-Pandemie als Verschwörung von Bill Gates oder anderen auffassen, demonstrierten rund 30 Personen vor der Zehntscheuer, zumeist Jugendliche und Mitglieder des Tübinger OTRF (Offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus) unter der Losung „Solidarisch aus der Corona-Krise“.

Hier dokumentieren wir eine gekürzte Version der eindrucksvollen Rede von Florian Biesinger:

Statt konkreter Kritik am egoistischen, profitorientierten Handeln der europäischen Staaten in dieser Krise gibt es von Seiten der „Querdenker“ Forderungen nach einer Normalität ohne Rücksicht auf Verluste, einer Normalität, die ein Staat, wäre man diesen Forderungen gefolgt, teuer hätte erkaufen müssen. Statt solidarischem Verhalten wie dem Tragen einer Maske oder einem Gang zum Impfzentrum werden, vor allem in Bezug auf die Impfung, krude Verschwörungsmymen verbreitet, die auch Menschen, die eigentlich normalerweise keine Berührung mit Verschwörungstheorien haben, erreichen.

Das ist schade, denn: Berechtigten Anlass zur Kritik gibt es in dieser Pandemie wahrlich genug, ohne sich in unwissenschaftlichen Thesen zu ergehen. Schon von Beginn an verfielen viele Staaten in nationalistische Verhaltensmuster und versuchten, sich zunächst so viele Masken, Tests et cetera wie möglich zu sichern. Die Preise explodierten und ärmere Staaten hatten nun keine Chance mehr, auch nur das Nötigste an Material auf dem Weltmarkt zu erhalten. So zementiert nationalistisches Denken und eine egoistische „Wir zuerst“-Mentalität eine glo-

bale Ungleichheit, in der Länder ohne entsprechende Wirtschaftskraft nicht die Möglichkeit besitzen, ihre Bürger*innen in einer Pandemie vor Ansteckung und Tod zu schützen. Wir brauchen keinen egoistischen Nationalismus, um diese Krise zu besiegen, sondern das genaue Gegenteil: Solidarität.

So ist es auch und vor allem bei der Impfung, dem einfachsten und vielversprechendsten Weg aus der Pandemie. Während in Europa teilweise über die vierte Impfung diskutiert wird, hat in 36 Staaten noch nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung die erste Impfung erhalten. Diese Ungerechtigkeit führt langfristig betrachtet zu einer stetigen Gefahr von Virusmutationen, die wie ein Damoklesschwert über dem globalen Infektionsgeschehen hängt – plakativ gesagt: Bis nicht alle geschützt sind, ist es niemand. Nur eine gerechte Verteilung des Impfstoffes kann daher diese Pandemie langfristig aufhalten. Dabei fehlt es ausdrücklich nicht an Geld, sondern an Impfstoff. Das Programm der Weltgesundheitsorganisation WHO zur gerechten Verteilung des Impfstoffes konnte nur einen Bruchteil der geplanten Menge an bedürftige Entwicklungsländer ausgeliefert werden, da der Impfstoff von den Industriestaaten massenhaft aufgekauft und gehortet wird.

Eine Lösung hierzu wäre nach Ansicht von Organisationen wie der WHO oder „Ärzte ohne Grenzen“ eine Freigabe der Impfpatente. Diese Maßnahme würde zwar nicht unmittelbar, aber in naher Zukunft dafür sorgen, dass langfristig genug Impfstoff da wäre, da dann nicht erst auf Konzessionen oder Eigenproduktionen der Patentbesitzer*innen gewartet werden müsste. Die sinnvolle Maßnahme wird allerdings seit Monaten nicht nur von den Phar-

makonzernen blockiert, sondern auch von vielen Industriestaaten, darunter der deutschen Bundesregierung. Kritiker*innen dieser Maßnahme argumentieren dabei zynisch: Wenn jetzt die Patente freigegeben werden, fehle in der nächsten Krise der Anreiz zur Forschung. Hier offenbart sich letztendlich die Logik eines profitgetriebenen Gesundheitssystems, das Gesundheit zur Ware macht: Kapitalismus, besonders in seiner jetzigen Form, ist nicht mit den Menschenrechten vereinbar. Dieses egoistische, profitgetriebene Verhalten wird darum auch zurecht von UNO-Generalsekretär Guterres als „Verweigerung von Menschenrechten bezeichnet“. So kann diese Krise nicht besiegt werden, so können zukünftige Krisen nicht besiegt werden. Nicht Nationalismus, sondern Zusammenarbeit; nicht Egoismus, sondern Solidarität sind die Wege, die uns aus dieser auch vom kapitalistischen Raubbau an Mensch und Natur verursachten Katastrophe herausführen werden. Erst wenn sich alle Länder, ob arm oder reich, wirklich als Teil der Weltgemeinschaft zu verstehen beginnen, werden die aktuellen und zukünftigen Probleme dieser Welt wirklich zu lösen sein. Und darum stelle ich diese Forderung an Pharmafirmen, Politiker*innen und sonstige Entscheidungsträger*innen: Hoch die internationale Solidarität!

Kurze Bemerkung am Rande
Es ist eine recht plakative Verkürzung die Montagsspaziergänger nur Querdenkern und Verschwörungserzählern zuzuordnen. Zu vielschichtig ist die Gruppe der Teilnehmer. Es sind auch Bürger darunter, die einfach nach der Sinnhaftigkeit einer Impfpflicht fragen vor dem Hintergrund sogenannter Impfdurchbrüche und rasch nachlassender Wirksamkeit der Impfung. (Ke)

Kurz und bündig

Die unbekannte Familie Reimann

Diese Familie lebt in aller Zurückgezogenheit und konzentriert ihr Milliardenvermögen in der Investmentfirma JAB Holding, die sie zu 90 Prozent besitzt. Dazu gehören unter anderem Jacobs Kaffee, die Restaurantkette Pret-A-Manger und die Beautyfirma Coty. Im Jahr 2021 überstieg ihr Vermögen bei 34 Mrd. Euro. Insgesamt hat sie ihr Vermögen dank den Steuergesetzen der Bundesregierung seit 2011 verdreifacht. Damit gehört die Familie zu den reichsten Deutschen, die ihr Haushaltsvermögen bis Ende 2019 auf 14,8 Billionen Euro gesteigert hat. Noch immer hätschelt die Bundesregierung diese Superreichen, indem sie keine Vermögensabgabe oder Reichtumssteuer einführen will, sondern die Krise über Mehrwertsteuer und Sozialkürzungen finanzieren will.

B28 neu: Zwei-, drei- oder vierspurig?

Ausbau gerät immer mehr zur Farce

Nachdem der bisherige Neubau der B28 zwischen Tübingen und Rottenburg laut Auskunft des Regierungspräsidiums Tübingen (RP) schon 40 Hektar Fläche versiegelt hat, nimmt der Widerstand gegen eine weitere Verschandelung unserer Naturlandschaft jetzt zu.

„Das Regierungspräsidium plant und baut überregionale Straßen, als gäbe es weder eine Klima- noch eine Biodiversitätskrise. Mithilfe von Unsummen an Steuergeldern wird mit jedem weiteren Straßenbauprojekt eine überholte Verkehrspolitik zementiert.“

So lautet das vernichtende Urteil der regionalen Naturschutzverbände BUND und LNV über die weitere Flächenversiegelung durch den mindestens dreispurigen Ausbau zwischen dem Rottenburger Sülchenknoten und der Abzweigung Seebronn.

Nicht nur die Zufahrt zur Blumenmanufaktur und die Bushaltestelle Heuberger Warthe entfallen, sondern die Zufahrten für die Bauern mit ihren Traktoren und Mähdreschern für ihre Höfe und die Felder.

Schon jetzt hat der Gemeinderat mehrheitlich ein neues Wohngebiet „Oberes Feld“ auf 12 ha beschlossen. Aber Bürgermeister Bednarz (SPD) wittert gleich eine Chance: Eine neue Zufahrt am Eratskirch zur B28 neu sei „wünschenswert“, wenn dort noch zusätzlich ein Gewerbegebiet hinkäme – (nur) dann könne man die Bedürfnisse der Anwohner berücksichtigen! Was kümmern da noch 30 Vogel- und Reptilienarten in diesem Gebiet, die auf der Roten Liste stehen. Bürgermeister Weigel hat sicherlich noch ein paar Öko-Pünktchen für zusätzliche Vogel-

kästen an frisch gepflanzten Bäumen als Feigenblatt übrig!

Tunnel, Brücke usw.

Laut RP-Präsident Tappeser zieht der Ausbau selbstverständlich mehr LKW-Verkehr an, der Verkehr solle „gebündelt“ werden und durch Überholmöglichkeiten von LKWs an den Steigungen fließender werden! Schaut man sich die Ausführungen der Planer genauer an, sind das Einzige, was auf der 4,7 Kilometer langen Strecke fließen wird, die Steuergelder für die hohen Kosten des Straßenbaus. Denn am Knoten Seebronn sind in beiden Richtungen Ein- und Abfahrtsrampen mit einem Kreisverkehr notwendig, die beiden Kreisel werden dann durch einen Tunnel unter der B28 miteinander verbunden. Der südliche Kreisel soll dann dem landwirtschaftlichen Verkehr zum Eratskirch dienen.

Hinzu kommt eine neue Brücke für die Auf- und Abfahrt nach Wendelsheim über die B28 mit vier Spuren. Wow! An welchem Schreibtisch wurde denn das erfunden? Und damit der Protest gegen diesen Irrsinn nicht zu laut wird, wedelt Tappeser damit, dass diese Planung ein langfristiger Prozess und auch eine zweispurige Variante denkbar sei.

Denn wer glaubt ernsthaft, dass es mit dieser Planung weniger Staus gibt und die LKWs mit mehrmaligem Spurwechsel (zwei, drei und vier Spuren) und wiederholtem Ein- und Ausfahren schneller vorankommen?

Es ist kein Wunder, dass das Triumvirat der Bürgermeister im Rathaus um jeden Preis eine Klausurtagung über den Flächenverbrauch in unserer Stadt verhindern will, wie das **DIE LINKE**

mehrfach gefordert hat. Aber zum Glück gibt es ja die jährliche Bürgerversammlung am Mittwoch, den 6. Mai ab 17 Uhr in der Festhalle (Kernstadt), wo jede Bürgerin und jeder Bürger das äußern darf, was ihr/ ihm unter den Nägeln brennt!

Übrigens:

In den Planungsunterlagen des RP Tübingen heißt es über das Gelände am Heuberger Hof:

„Es handelt sich beim Planungsraum – insbesondere bei Bereich um den Heuberg – um einen sehr sensiblen Naturraum. Dort befinden sich umfangreiche artenreiche FFH-Mähwiesen und Streuobstbestände. Darüber hinaus sind dort u.a. Vorkommen hochgradig gefährdeter Arten wie Eremit, Grauwammer und Rebhuhn sowie Jagdhabitats zahlreicher Fledermausarten. Darüber hinaus liegt der gesamte Planungsraum in den Wasserschutzgebieten Bronnbachquelle und Kiebingen. Im östlichen Bereich ist darüber hinaus ein großflächiger Denkmalbereich betroffen.“

Es scheint so, als wüsste die eine Stelle im RP nicht, was die andere macht – oder gibt es eine andere Erklärung dafür, dass diese Unterlagen für die aktuelle Ausbauplanung der B28 neu überhaupt keine Rolle mehr zu spielen scheinen?



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Stuttgarter Spitzengehälter

Die Corona-Pandemie hatte bisher keinerlei Auswirkungen auf die Spitzengehälter – ganz im Gegensatz zu Hunderttausenden Beschäftigter, die als Niedriglöhner noch nicht einmal Kurzarbeitergeld erhalten. Fünf Vorstandsmitglieder der Landesbank LBBW erhielten 2021 zwischen einer und 1,5 Mio. Jahresgehalt, der Technische Geschäftsführer der Stadtwerke Stuttgart erhielt neben seinem Jahresgehalt von 408.000 Euro noch einen Abschiedsbonus von 80.000 Euro. Martin Rau, Kaufmännischer Geschäftsführer der Stadtwerke steigerte sein Gehalt um 19.000 Euro auf 273.000 Euro. Weitere Zahlen finden sich in der SWP vom 22. Febr. 2022.

Retten uns Ökopunkte vor der Naturzerstörung?

Bodenschutz ist Überlebensschutz

Die neueste Idee der Stadtoberen, das ökologische Mäntelchen zu optimieren, ist die Umstellung des bisherigen Ökokontos auf ein Ökopunkte-System nach der ÖkoKonto-Verordnung (ÖKVO) des Landes.

Dieses „neue“ Verfahren ist seit der Einführung im Jahre 2010 selbst in Fachkreisen umstritten. So handelt es sich um eine rein numerische abstrakte Berechnung um einen Bewertungsschlüssel für Ersatzzahlungen zu finden. Dieser Ersatz sollte erst greifen, wenn die Eingriffe/Schädigungen in die Natur nicht funktional zu kompensieren seien, also keine entsprechenden Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen. Eine solche Eingriffsregelung ist naturwissenschaftlich nicht begründbar und es handelt sich deshalb um eine rein gesellschaftspolitische Festsetzung.

Bereits das bisherige Ökokonto-System ermöglichte es der Stadt, Eingriffe/Schäden, die durch Flächenversiegelung entstanden sind, irgendwo anders auf dem Stadtgebiet auszugleichen. Beispiel: Für die Versiegelungen von Weideland durch das Ergenzinger Baugelände Öchsner II entstanden auf den Gemarkungen Dettingen und Hemmendorf magere Flachlandmähwiesen. Der Ökokonto-Umsetzungsbericht bezeichnet eine solche Vorgehensweise als „flexible Gestaltung“.

Obwohl jedem Verantwortlichen bekannt sein sollte, dass Ausgleichsmaßnahmen bereits im Vorfeld des Eingriffs vorgenommen werden müssen, hat die Stadt noch 86.239 EUR Guthaben auf ihrem Ökokonto stehen (Stand 31.12.2021). Herr Weigel möchte diese erst im Laufe der nächsten drei Jahre verbrauchen. Also man spart und lässt sich Zeit bei der Wiedergutmachung von Schäden.

Wundersame Geldvermehrung

Doch mit den neuen Ökopunkten soll es noch flexibler und vor allem kostengünstiger werden. Die Stadt hat sogar schon vorgesorgt und über 1 Million Ökopunkte aus Waldrefugien generiert.

Ziel des naturschutzrechtlichen Ökokontos ist die Flexibilisierung der Eingriffsregelung für den Außenbereich. Es ermöglicht die freiwillige Durchführung von zeitlich vorgezogenen **Maßnahmen zur Verbesserung des Naturhaushalts**, die später bei der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft Verwendung finden können.

Auszug aus der Begründung zur ÖKVO (Fassung vom 19.12.2010)
(Hervorhebung durch die Redaktion)

Ja, wie das geht? Ganz einfach, diese Punkte liegen quasi einfach so im Wald rum und warten seit langem darauf, dass sie entdeckt, gekauft und verkauft werden. Dazu nehme man ein für die Bewirtschaftung unrentables Waldstück und verwandle es in einen Bannwald und schwuppdiewupp ergibt das 4 Ökopunkte je Quadratmeter.

Bei 1 Euro pro Ökopunkt wären das 4 Euro pro Quadratmeter. Das nenne ich eine wundersame Geldvermehrung durch Nichtstun. Man macht quasi aus dem Wald einen goldenen Esel. Und wer zahlt die Zeche? Die Natur natürlich und damit wir alle! Und alle machen mit, weil's ja erlaubt ist. Wir können also so weitermachen und unsere eigene Lebensgrundlagen mit Spielgeld zerstören. Herr Koebnik schreibt am 19.3.22 in der Rottenburger Post vom

modernen Ablasshandel. Ich nenne es Selbstbetrug.

Schon bisher musste wegen der Flexibilität der Stadtoberen kein Ausgleich mehr vor Ort oder zumindest in näherer Umgebung geschaffen werden, um den heimischen Pflanzen und Tierbeständen einen Fortbestand zu sichern. Jetzt gibt man sich nicht einmal mehr die Mühe, so zu tun, als ob ähnliche Bedingungen woanders geschaffen würden. Nein, die letzten noch verbleibenden Überlebenskünstler der Flora und Fauna müssen in den Wald umziehen.

Wir sägen weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen, und berauben nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt ihrer Lebensgrundlage.

Meinen Vorschlag eine Diskussion im Gemeinderat über den Umgang mit unseren Wäldern zu führen, quittierte Herr Weigel mit den Worten: „Sie versperren sicher auch auf einem Holzbrettle.“ Während der Abstimmung im Ausschuss Bauen und Nachhaltigkeit versuchten die beiden Vertreter der Freien Wähler und der Jungen Aktiven, mein wahrscheinliches Abstimmungsverhalten lautstark durch Bemerkungen ins Lächerliche zu ziehen. Über politische Inhalte sollte man sich im Gemeinderat fair und angemessen auseinander setzen können. Über Stil und Anstand streite ich nicht.

In diesem Sinne bleibt nur die Hoffnung, dass in der Gemeinderatssitzung am 29.03.22 eine inhaltliche Debatte über die Sache stattfinden kann.



Marlene Fischer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen

Kurz und bündig

Glyphosat in Nudelprodukten

Das Verbrauchermagazin Öko-Test hat 20 Nudelsorten auf Rückstände von Mineralöl und Glyphosat untersucht, das laut WHO im Verdacht steht, krebserregend zu sein. Dabei haben die Experten in den Eigenmarken von Aldi-Süd, Edeka, Norma und Netto Marken Discount Glyphosat entdeckt. Zwar seien die Rückstände sehr gering, aber die Tester empfehlen trotzdem, nur Produkte ganz ohne Glyphosatrückstände zu verzehren. Der Hartweizengries für diese Nudel-Produkte stamme aus Italien und Canada. In den beliebten Fusili-Nudeln von Edeka und Norma seien allerdings die Rückstände von Mineralölkohlenwasserstoffen „erhöht“. Sie können sich im Körper ansammeln und sind deshalb bedenklich.

Widerstand gegen Steinbruch-Erweiterung gewinnt an Fahrt

Viele Versammlungen zeigen wachsenden Protest

Eine Bürgerversammlung mit 200 Beteiligten und eine Gemeinderats-sitzung mit dem Rechtsexperten Torsten Heilshorn in Hirrlingen, eine Ortschaftsrats-sitzung in Frommenhausen, eine Veranstaltung im AWO-Heim Rottenburg, ein mutiger Auftritt von Jugendlichen im Kreistag Tübingen und zahlreiche Postkarten als Einspruch zur geplanten Erweiterung des Steinbruchs Frommenhausen zeigen, dass der Konflikt mit der Bau-Union an Breite und Öffentlichkeit gewonnen hat.

Standen bisher berechtigterweise die Lebensqualität der Bewohner durch die Zunahme des LKW-Verkehrs durch die Ortschaften für den Transport von 700 Tonnen Muschelkalk und Material für die Wiederverfüllung sowie die Gefährdung der Kinder auf dem Schulweg im Vordergrund, so rückt jetzt der Schutz der einzigartigen Natur um die Kapfhalde stärker in den Mittelpunkt. Denn die Erhöhung der Anzahl an Sprengungen mit ihrem geringen Abstand zum Kapffelsen stellt eine starke Gefährdung dar, weil der Muschelkalk

sehr porös ist und dadurch die gesamte Felswand einsturzgefährdet ist. Mit Erlaubnis der Autorin drucken wir hier als herausragendes Beispiel für einen Einspruch den Brief von Alina Lipp ab.

Am 2. Mai wird in der Festhalle Rottenburg-Kernstadt ab 17 Uhr eine öffentliche Erörterung über die gesamten Widersprüche zur Erweiterung des Steinbruchs stattfinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich Einspruch gegen die geplante Steinbrucherweiterung in Frommenhausen/Bietenhausen mit folgender Begründung:

Ich wohne in Hirrlingen, dort gäbe es bis zu 700 LKW-Fahrten pro Tag, das schadet nicht nur den Straßen, sondern ist sowohl aufgrund des Lärms als auch des Staubs eine deutliche Belastung für unsere Lebensqualität, ebenso wie für die Sicherheit der Kinder auf ihrem Schulweg. Hinzu kommt noch, dass selbst samstags ab 7 Uhr eine Sprenglaubnis erteilt werden soll, das bedeutet für uns Bürger*innen sogar morgens am Wochenende Lärm und LKWs. Neben der Belastung für uns Menschen würde die geplante Erweiterung auch eine Bedrohung für Arten- und Naturschutz bedeuten: Laut offiziellem Antrag der Bauunion heißt es, es würde ein Eingriff in Schutzgebiete (z.B. Biotope) erfolgen. Zwar nicht flächig, aber ist es deshalb legitim? Außerdem beträgt der Abstand zum FFH-Gebiet nur minimal 3 m, der zum Naturschutzgebiet „Kapfhalde“ ebenfalls nur min. 3 m. Damit wird der Steinbruch aufgrund der Sprengnähe massiven Einfluss auf dort lebende Arten nehmen, zumal das Naturschutzgebiet sowohl süd-westlich mit Lärm vom Steinbruch Bietenhausen, als auch nördlich und mit der Erweiterung zusätzlich noch östlich vom Steinbruch Frommenhausen konfrontiert wäre. Dabei leben dort zahlreiche geschützte Arten – auch von der Roten Liste BW (RL) – wie mehrere Tagfalter-Arten, Trespenarten, die Feldlerche, bei der der Bestand eine deutliche Tendenz in Richtung Abnahme zeigt, Goldammer, Neuntöter, die Gelbbauchunke, die eine von 3 der RL Amphibien ist, bei der hohe Verantwortung zum Arterhalt besteht, etc. Neben RL-Arten leben in diesem Gebiet aber auch etliche FFH-Arten und andere wertvolle Flora und Fauna.

Bedroht wären zusätzlich noch Teilbestände der Dicken Treppe und der Gelbbauchunke (beides Arten der Roten Liste!), die auch außerhalb des FFH-Gebiets vorkommen. Bei

der Erweiterung des Steinbruchs würden sogar die Brutplätze des Uhus (ebenfalls RL) und die Ruderalvegetation am Steinbruchrand zerstört werden. Hinzu kommt, dass der Kapffelsen – ein sehenswerter und wertvoller Aussichtspunkt – einsturzgefährdet wäre, da die vom Steinbruch ca. 115m entfernte Kapfhöhle bei den Sprengungen voraussichtlich einbrechen würde. Damit würden die Fledermäuse ihr Winterquartier (Quartiere stehen ebenso wie die Fledermäuse selbst unter Schutz) verlieren und wir ein für Hirrlingen charakteristisches Naturdenkmal.

Neben all diesen Punkten sieht sogar die Bauunion selbst ein Risiko für Grundwasserverunreinigung, der Steinbruch liegt in der Nähe des Wasserschutzgebiets und der Mindestabstand zum Grundwasserpegel beträgt lediglich 2m. Ein ebenso wichtiger Aspekt ist des Weiteren der forstrechtliche Ausgleich: Die Bauunion hätte bis 2016 1,59 ha im Norden und 3,06 ha im Süden bis 2027 erbringen sollen (im Süden sind nun nur 1,2 ha bis 2035, also noch später geplant). Diesen hat sie nicht erbracht! Wie kann man also davon ausgehen, dass sie ihn dieses Mal erbringt? Wenn die Bauunion den so wichtigen Ausgleich nicht erbringt oder immer verzögert, welche Sicherheit besteht dann, dass er tatsächlich stattfindet?

Ich bitte Sie deshalb inständig, keine Genehmigung zu erteilen und aus gegebenen natur- und artenschutzrechtlichen Gründen sowie Argumenten bezüglich der Lebensqualität keiner Erweiterung zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen, Alina Lipp, Hirrlingen

(email: .Alina-Sophie.Lipp@t-online.de)

„Wir können alles – außer Bildung“

Ruf nach umfassender Bildungsreform in „The Länd“ wird lauter

Die Schülerzahlen in Rottenburg nehmen stark zu, an den Grundschulen werden sie von aktuell rund 1.350 auf über 1.600 in fünf Jahren steigen, an den öffentlichen weiterführenden Schulen von aktuell 3.850 auf fast 4.300 SchülerInnen.

Das entspricht der landesweiten Prognose, die von einem Zuwachs von über 11 Prozent in den nächsten Jahren ausgeht. Deshalb steht der jahrelang verschleppte Ausbau der weiterführenden Schulen in Rottenburg wie der Hohenberg-Schule, der Kreuzerfeld-Sporthalle und der Gymnasien als Priorität auf der Tagesordnung und wurde auf den Weg gebracht. Diejenigen, die jetzt wegen gestiegener Kosten jammern, sollen sich an ihre Nase fassen, warum sie eine zukunftsweisende Planung so lange verhindert haben.

G8 ist bundesweit durchgefallen

Doch für die SchülerInnen und Lehrkräfte braucht es nicht nur neue Gebäude, es braucht genauso eine pädagogische Reform des Bildungswesens. Denn das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat ermittelt, dass der G8-Schawahn-Sinn von 91 Prozent der Eltern in Baden-Württemberg abgelehnt und von 62 Prozent eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium als Regelschule gefordert wird.

In Rottenburg gibt es beide Schultypen, das achtjährige Paul-Klee-Gymnasium (625 SchülerInnen) und das neunjährige Eugen-Bolz-Gymnasium (931 SchülerInnen). Nur Baden-Württemberg, Bremen und das Saarland halten noch starrsinnig am G8 als Normalfall fest, selbst Bayern musste 2017 nach großen Elternprotesten wieder G9 einführen. Im Ländle ist seit 2011 pro Stadt- oder Landkreis nur eine G9-Schule als „Modell“ zugelassen.

Bildungsreform à la Schavan (CDU)

Die ehemalige Bildungsministerin Schavan, bekannt für ihre Plagiate in der Doktorarbeit, hat im Ländle ohne

jegliche Vorbereitung der Gymnasien (z.B. neue Bildungspläne) mit dem Argument G8 durchgedrückt, unsere Kin-



der müssten im „europäischen Wettbewerb“ mithalten können, indem sie das Abitur früher machen.

Die Bewerbungen der Schulen für die Einführung von G8 wurden nach dem „Windhundprinzip“ bearbeitet, die Lehrerschaft wurde mit unzähligen Überstunden für neue Stundenpläne und Schulprofile bei ohnehin überfüllten Klassen von der pädagogischen Arbeit abgehalten. Dabei gab es die Möglichkeit für besonders Begabte schon längst (Überspringen einer Klassenstufe).

In Wirklichkeit ging es um massive Einsparung von Lehrkräften für geburtenstarke Schülerjahrgänge, um die Abschaffung teurer Wahlkurse in der Oberstufe und um größeren Leistungsstress für die SchülerInnen. Insbesondere SchülerInnen aus Migrationsfamilien scheiterten daran.

Laut Sozialbericht des Landkreises Tübingen nahm ihre Zahl an Gymnasien bis 2016 um drei Prozent auf 38 Prozent (2014) ab, während ihr Anteil

an den Gemeinschaftsschulen 2016 um 15 Prozent auf 34 Prozent anstieg – ein Beleg für den Erfolg dieses von CDU und FDP populistisch bekämpften Schultypus als „Einheitsschule“. Denn angesichts des Facharbeitermangels und der demographischen Entwicklung darf „kein Kind verloren gehen“, so Ulrich Bürger vom Kommunalverband Jugend und Soziales im Kreistag.

Bildungsstadt Rottenburg?

Aktuell sucht die Stadtverwaltung dringend nach einem Gelände für das EBG, das in seinen alten Gebäuden aus allen Nähten platzt und erweitert werden muss. Doch unabhängig von den Räumlichkeiten und dem Schulleiterdebakel in Ergänzungen ist es wichtig, auch in Rottenburg eine umfassende Bildungsreform zu führen statt einem „Weiter so“:

Die Kernstadt hat immer noch keine Gemeinschaftsschule, die landesweit immer größere Erfolge zeigt und bei den Eltern beliebter wird. G8 und G9 müssen besser aufeinander abgestimmt werden, das gilt auch für die (fehlenden) Sportstätten, worauf der Vorstand des TVR 1861 mehrfach hingewiesen hat. Für die Realschule Kreuzerfeld und die Werkreal- und Hauptschule Hohenberg fehlen Anschlüsse in der Ausbildung für Handwerk, Gewerbe und Industrie vor Ort. Besonders die kleineren Betriebe fühlen sich von der Verwaltung seit Jahren im Stich gelassen, weil sie kaum Ausbildungsmöglichkeiten haben.

Auch wenn es momentan unzählige (liegendegebliebene) Aufgaben in der Stadt gibt, ist es Zeit für einen neuen Aufbruch in der Bildung zugunsten unserer Kinder und Enkel. Denn auf sie kommt es an!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg



Porsche macht Rekordgewinn

Den höchsten Rekordgewinn in seiner Firmengeschichte hat Porsche im Corona-Jahr 2021 gemacht. Die Stuttgarter Autobauer haben weltweit 302.000 Autos verkauft und damit die Rendite auf 16 Prozent gesteigert. In acht Jahren will Porsche den Anteil an rein elektrisch angetriebenen Fahrzeugen auf 80 Prozent steigern.

Mensch ist Mensch – Solidarität kennt keine Herkunft!

Gemeinsame Stellungnahme des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg, des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen und der Seebrücke Baden-Württemberg.

Fachinformation - geschrieben am Donnerstag, 17. März 2022 - 14:30 - Hervorhebungen durch die Redaktion

Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 14

Der Europäische Rat hat am 4. März 2022 den erforderlichen Beschluss zur Aufnahme von Vertriebenen nach Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 getroffen. Die Richtlinie ist am gleichen Tag in Kraft getreten. Die Schutzsuchenden aus der Ukraine erhalten somit sofortigen Schutz für voraussichtlich drei Jahre, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Leistungen zum Lebensunterhalt, Zugang zu Arbeit, Bildung sowie zu Integrationsangeboten ohne zuvor ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen. Die weltweite Solidarität und die Aufnahmebereitschaft von Opfern des Ukraine-Krieges sind überwältigend. All dies begrüßen wir sehr! Die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie ist erstmalig für ukrainische Geflüchtete aktiviert worden, obwohl es schon in der (jüngsten) Vergangenheit Anlässe gegeben hätte. Die Benachteiligung von Drittstaatler*innen und Minderheiten aus der Ukraine sowie der Flüchtlinge an den anderen EU-Außengrenzen und in Deutschland verletzt den Gleichbehandlungsgrundsatz und ist deshalb diskriminierend. Jeder Mensch hat das Recht, vor Verfolgung Asyl zu suchen und geschützt zu werden.

Ungleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen und Minderheiten aus der Ukraine beenden!

Wir sind bestürzt über die Nachrichten, die uns von der ukrainisch-polnischen Grenze erreichen, denen zufolge nicht allen Menschen gleichermaßen Schutz gewährt und u.a. nach Herkunft und Nationalpass unterschieden wird. Wer jetzt aus der Ukraine flieht, muss Zuflucht bei uns finden. Es kann nicht sein, dass Drittstaatsangehörige, die vor Krieg Schutz suchen, an Grenzen abgewiesen werden oder binnen kürzester Zeit entscheiden müssen, ob sie einen Asylantrag stellen oder ausreisen. Es häufen sich Berichte, dass u.a. an der polnischen Grenze Personen aus Afghanistan, Jemen, Syrien, (Nord-) Afrikanischen Ländern, Indien und anderen Drittstaaten, die sich aus der Ukraine retten wollen, völkerrechtswidrigen Pushbacks ausgesetzt sind. Auch die Diskriminierung von ukrainischen Rom*nja, die sich auf der Flucht befinden, verurteilen wir aufs Schärfste. Ukrainische Rom*nja sind immer wieder von Diskriminierung und gewalttätigen, teilweise tödlichen Übergriffen

betroffen. Die Stigmatisierung der Rom*nja, die unmittelbar aus einem Kriegsgebiet flüchten führt dazu, dass sie aus der Menge der Flüchtenden herausgepickt und ihnen eine Gleichbehandlung abgesprochen wird. Das Absprechen legitimer Fluchtgründe zeigt einmal mehr den allgegenwärtigen und wirkmächtigen Antiziganismus auf. Die demselben Krieg entfliehenden Menschen in ihren rechtlichen Möglichkeiten nach Hautfarbe und Herkunft ungleich zu behandeln, ist ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Konvention gegen Rassismus (ICERD) sowie gegen die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie. Das Gebot der Gleichbehandlung bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine muss selbstverständlich werden.

Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen gleich behandeln!

Seit vielen Jahren sterben tagtäglich Menschen an den EU-Außengrenzen, weil ihnen durch militärische Einheiten und mit brutaler Gewalt der Zutritt in die EU verweigert wird. Sie erfrieren in Wäldern, ertrinken auf gefährlichen Überfahrten im Mittelmeer oder harren seit Jahren unter unmenschlichen Bedingungen in sogenannten EU-Hotspots aus. Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden! Denn auch sie haben das Recht auf humanitäre Hilfe, auf Schutz, Sicherheit und Solidarität und sollten zügig und unbürokratisch aufgenommen werden.

Das Recht auf Asyl ist ein universelles Menschenrecht! Die EU, die Bundesregierung und die Baden-Württembergische Landesregierung dürfen hier nicht weiter unterschiedliche Maßstäbe ansetzen, abhängig davon, woher Menschen kommen, wie alt diese sind, welche Religion und Hautfarbe oder welche sexuelle Orientierung sie haben. Wir fordern, Solidarität und gleiche Rechte für alle von Krieg und Verfolgung bedrohten Menschen.

Diskriminierung von Russinnen, Russen und Menschen mit russischer Migrationsbiographie beenden!

Russ*innen sowie Menschen mit russischer Migrationsbiographie werden vermehrt mit Verweis auf das Handeln der russischen Regierung ausgegrenzt oder gar angegriffen. Sie dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt und stigmatisiert werden. Die Vorfälle zeigen, dass der gesellschaftlich tief verwurzelte antislawische Rassismus schnell aktiviert werden kann und wirkmächtig ist. Wir verwehren uns gegen jede Form von Ausgrenzung und Rassismus gegenüber unseren Mitbürger*innen aus Russland oder mit russischer Migrationsbiographie. Es ist inakzeptabel, dass Empathie und Hilfsbereitschaft von der Herkunft eines Menschen abhängig gemacht ist, in Kriegs- wie auch in Friedenszeiten!

Menschlichkeit und Menschenrechte sind universell.



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

In der **GEISTERBAHN**

Grusel kostenlos

Es soll einmal eine Zeit gegeben haben in der der ... Mensch seinen Grusel in der Geisterbahn suchte. Manche Bahnfahrer kamen mit Angstschweiß auf der Stirn und geröteten Wangen wieder ans Tageslicht, andere mit einem glücklichen Lächeln. „Überstanden! Es war doch gar nicht so schlimm. Und die wabbelige feuchte Hand des Skeletts, die mir über Gesicht wischte war doch auch nur aus Plastik. Gruselig schön!“

Die Geschäftsidee mit der Geisterbahn war gar nicht schlecht. Warum sollte man den Selbstbewussten und den Mutigen nicht etwas Schauer anbieten? Sie haben wohl sonst keine Ängste.

Aber die Betreiber der Fahrgeschäfte haben die Rechnung ohne die Vergnügungsgroßparkbesitzer - manche sprechen auch von Politikern - gemacht. Sie vermatschten den kleinen Schauermachern ordentlich das Geschäft. Sie boten überall - nahezu kostenlos - Furcht und Panik an. Endlich Grusel für lau.. Die Eintrittspreise variierten: vom relativ geringen Kosten für eine sogenannte Mund-Nasen-Schutzmaske (Mu-Na-Schuma) über Testkits und Desinfektionssprays bis hin zu kostenlosen Erst-, Zweit- und Dritimpfungen inklusive eines Gratis-Boosters. Für

manche war der (immaterielle) Preis sehr hoch: kein Besuch von Fußballspielen, Theateraufführungen, Home-schooling, Maskenzwang, kein Vereins-sport etc. etc.

Der Vergnügungsgroßpark hat die Rechtsform einer GmsbH - Gesellschaft mit sehr beschränkter Haftung. Trotz oft betueter Verantwortung fällt mir die Erinnerung an zur Verantwortung gezogene Parkbetreiber schwer.

Inzwischen spricht man von Gruselbahnverweigerern. Gerade wird daran gedacht eine Geisterbahnbesuchspflicht einzuführen. Diejenigen die keine Pflichten mögen, wird ein Geisterbahnzwangsabo angedreht. Keine Person darf unverängstigt mehr am Leben teilnehmen, denn wer keine Angst hat, der macht anderen auch keine Angst. Und was dann? Was kann man schon mit selbstbewussten, angstfreien Bürgern machen, die sich nicht mehr lenken lassen? - Wenig! Deshalb auch überall die Warnschilder:

„Ausstieg aus der Geisterbahn strengstens verboten! Lebensgefahr!“

Damit wirklich niemand mehr sein Quentchen Beklommenheit in den

„alten“ Geisterbahnen sucht, wurden diese einfach geschlossen mit all den Buden ringsherum. Einkommenausfälle wurden großzügig ersetzt und schließlich wieder kleinkrämerisch zurückgefordert, denn der reale Ausfall konnte dummerweise nicht bewiesen werden. Als Zeugen für den Geschäftsrückgang konnten die Gespenster auch nicht mehr bemüht werden, denn die hatten sich längst andere Jobs ergeistern müssen.

Übrigens, was die Jobs betrifft, wurde schnell die Forderung laut: Zurück zu den alten Zeiten - Vergnügungsparks zu Rummelplätzen mit Karussellschiebern und klebrigen Zuckerwattverkäufern - pardon: nur die Watte ist klebrig nicht die Verkäufer - und Losverkäufer, die genau wissen, dass immer nur die Lotterie gewinnt. Mangelndes Personal? Nehmt doch die noch in Amt und Würden befindlichen Vergnügungsgroßparkbesitzer. Als Karussellschieber und Eintrittskartenabreißer sind sie allemal befähigt.

Ach! Verwechseln Sie bitte nicht Geisterbahnfahrer mit Geisterfahrern. Wie komme ich bloß jetzt auf „Fahrer auf der falschen Spur“?

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:
Samstag, 26. März 2022, 10 - 12 Uhr

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:
Samstag, 30. April 2022, 10 - 12 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Termin wird noch bekannt gegeben, 19.00 Uhr, Gaststätte Engel,
Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe: 23. April 2022



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg